

# Posener Zeitung.

Neunziger

Jahrgang.

Annoncen  
Annahme-Bureau.  
In Posen außer in der  
Expedition dieser Zeitung  
(Wilhelmstr. 17.)  
bei C. L. Ulrich & Co.,  
Briefstraße 20,  
in Grätz bei J. Streissel,  
in Meseritz bei H. Matthäus,  
in Breslau bei J. Jadesohn.

Annoncen  
Annahme-Bureau.  
In Berlin, Breslau,  
Dresden, Frankfurt a. M.,  
Hamburg, Leipzig, München,  
Stettin, Stuttgart, Wien:  
bei G. L. Daube & Co.,  
Haasenstein & Vogler,  
Rudolph Moos.  
In Berlin, Dresden, Görlitz  
beim „Invalidendank“.

Nr. 97.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierfachjährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Entgelte umfassen alle Postanhalte des deutschen Reiches an.

Donnerstag, 8. Februar.

Entferne 20 Pf. die sechsgewählten Petticots über deren Raum, Reklame verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1883.

## Amtliches.

Berlin, 7. Februar. Der König hat dem praktischen Arzt v. Dr. Polischer zu Berlin den Charakter als Sanitäterath verliehen, den Oberpfarrer Gaudig in Bleicherode zum Superintendenten der Diözese Bleicherode, Regierungsbezirk Erfurt, und den Pfarrer Fischer in Gr. Wölzau zum Superintendenten der Diözese Eisenburg, Regierungsbezirk Merseburg, ernannt.

Der Kataster-Sekretär, Steuer-Inspektor Schneider zu Wiesbaden ist zum Kataster-Inspektor ernannt und demselben die Kataster-Inspektor-Stelle bei der Regierung zu Königsberg i. Pr. verliehen worden.

## Deutscher Reichstag.

47. Sitzung.

Berlin, 7. Februar. Präsident von Levey eröffnet die Sitzung um 1½ Uhr mit den üblichen geschäftlichen Mittheilungen.

Am Tische des Bundesrats: Staatsminister Scholtz, Staatssekretär v. Schelling und zahlreiche Bundeskommissare.

Der Präsident belehnt mit, daß aus Amerika wieder 20.000 M. eingetroffen und weitere 6000 Mark avisirt worden seien zur Vertheilung an die durch die Überschwemmung Geschädigten.

Dann tritt das Haus in die Tagesordnung, die Fortsetzung der Beratung des Etats pro 1883/84, und zwar zunächst des Reichsamts des Innern.

Titel 2 des Extraordinariums des Etats für das Reichsamt des Innern wird 16,500 M. aus als sechste Rate des Beitrags zum Wiederherstellungsbau der Katharinenkirche zu Oppenheim a. Rh.; der Titel wird bewilligt, desgleichen Titel 3 „zur Errichtung Central-Afrikas“ v. Beihilfe 100.000 M.

Titel 4 fordert 18,750 M. zu Remunerationen, Taggeldern, Fuhrkosten u. dergleichen für den auf Grund des Sozialistengesetzes eingesetzten Reichsbeamtenkommission.

Abg. Grillenberger beantragt die Absehung dieses Titels, weil die 18,500 M. an Fuhrkosten und dergleichen für eine Behörde, deren Mitglieder sämtlich in Berlin wohnen, entschieden überflüssig seien. Die Art und Weise, wie die Kommission die an sie ergangenen Beschwerden erleidet habe, sei für die Behörde verhindernd zum abschreckenden Beispiel geworden, so daß die Kommission jetzt nur noch acht Tage läßlich zu thun habe; mindestens könne man 18.000 M. streichen, denn mit 750 M. sei die tägliche Arbeit dieser Kommission mehr als reichlich bezahlt. Zum Beweise, daß die Kommission ihre Aufgabe nicht objektiv löse, führt Redner an, daß die Kommission die Beschwerde über das Verbot eines Notikalenders nach drei Monaten noch nicht erleidet habe, der Jahre lang unbeanstanden herausgekommen sei, dessen letzter Jahrgang eine Geschichtstafel enthalte, in welcher nach der Ansicht des Berliner Polizeipräsidiums sozialistische, aufreizende Bestrebungen zu Tage getreten sein sollten. Wiederholte Reklamationen hätten nichts gebracht, daß sie ein unerhörtes Verfahren gegen die Verlagsbuchhandlung und die übrigen Beteiligten! Verbote von Zeitungsexemplaren seien erst nach einem halben Jahre aufgehoben worden. Gegen dieses Verfahren der Reichskommission müsse er energischen Protest erheben.

Bundeskommisar Geh. Rath Weymann: Die Reichskommission ist auf Grund eines Gesetzes konstituiert, und der Etatsposten dient zur Besteitung der Kosten für Diensträume und Bureaupersonal, auch wohnen keineswegs alle Mitglieder der Kommission in Berlin. Im Jahre 1881/82 sind über 16.000 M. von der gleichen Etatsposition verbraucht worden; der Fonds kann und muß je nach Bedürfnis selbst überstritten werden.

Nach einer kurzen Erinnerung des Abgeordneten Grillenberger, der die Ausgabe von 16,000 M. für 1881/82 erstaunlich hoch findet, da doch der Reichstag ganz umsonst arbeiten müsse, im Übrigen noch den groben, höhnischen, oft an Ungezogenheit freudenden Ton rügt, in welchem die zurückweisenden Bescheide abgesetzt sind, wird die Position genehmigt, daß gl. 820,000 M. für die Herstellung einer landwirtschaftlichen und gewerblichen Betriebsstatistik und 115,000 Mark für die Erweiterung des Anstaltsgebäudes des Germanischen Museums in Nürnberg.

Es folgt das Extraordinarium der Reichsjustizverwaltung. Titel 1 „Remunerierung von Güterschreibern beim Reichsgericht“ 30,000 Mark wird ohne Diskussion genehmigt.

Titel 2 verlangt 500,000 M. zum Ankauf eines Bauplatzes und zur Projektbearbeitung für das Reichsgericht in Leipzig.

Abg. Dr. Braun: Ich will hier nicht die Frage, ob das Reichsgerichtsgebäude in Berlin oder Leipzig stehen soll, erörtern, weil mir das gar nicht entscheidend zu sein scheint. Die Ansicht der Mehrheit des Hauses ging in der letzten Zeit dahin, daß man nicht entscheidende Schritte in Bezug auf Bauten thun solle, bevor die Verhältnisse bis ins Einzelne geklärt sind. Dieser Fall aber liegt hier vor. Ein allgemeiner, für die gesamten Rechtsfachen in Deutschland durchgreifender Gerichtshof ist das Reichsgericht nicht, dasselbe ist vielmehr nur als ein Provisorium zu betrachten. Erst wenn wir ein bürgerliches Gesetzbuch für ganz Deutschland bekommen, ist seine Kompetenz geregelt; zur Zeit ist es für Sachsen und Bayern und ganze Rechtsmaterien dieser Länder außer Funktion. Das Allgemeine bürgerliche Gesetzbuch fordert aber, bis es dem Reichstag vorgelegt werden kann, noch 8 bis 10 Jahre, und welche Wirkung dasselbe auf das Reichsgericht, das dann für die Zivilordnung eine schwierige, höhere und dankbarere Aufgabe hat, äußern wird, können wir jetzt noch nicht wissen. Können wir unter diesen Verhältnissen ein Reichsgerichtsgebäude bauen? Beibehalten wir uns lieber bis zur Fertigstellung des Allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuchs mit Mietshäusern. Das letztere Gebäude ist allerdings nicht zu dem Zwecke gebaut, aber es ist doch in 3 Jahren nur ein einziger Fall, beim Hochgerichts-Prozeß gegen Most, vorgekommen, wo die Räume des Reichsgerichtsgebäudes nicht ausreichten und man zum sächsischen Landgerichte seine Zuflucht nehmen mußte. Dies war noch dazu ein außerordentlicher Fall, der sich nicht so leicht wiederholen wird. — Die Motive in unserem Budget operieren nur mit der Zahl der Senate, die sich nicht ändern würde. Man hat schon die Erfahrung von drei Jahren dafür. Weiter ist von verschiedenen Seiten dieses Hauses auf die Notwendigkeit einer Wiederaufnahme der Berufung hingewiesen worden. In je ausgedehnterer Weise das aber geschieht, desto eingeschränkter wird das Gebiet der Revision werden, die Strafsemente werden also wieder zusammen-

schrumpfen. Bezuglich der Zivilsenate bemerke ich, daß wenn mit Einführung des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches die Aufgabe des Reichsgerichts erweitert wird, 8 bis 9 Zivilsenate noch nicht ausreichen (wir haben jetzt deren 5). Es ist also ganz unbestimmt, wie groß in Zukunft das Personal sein wird, wie viel Räumlichkeiten notwendig sein werden, fuz über alle die Punkte, die bei einem Bau klar sein müssen, sind wir im Unklaren. Dieser Unsicherheit ist es denn auch zuzuschreiben, daß tatsächlich 18 Richter aus verschiedenen deutschen Staaten die Berufung in das Reichsgericht schlechtweg abgeschlagen haben, trotzdem dort ihre Aufgabe eine höhere und ihre Einnahme eine größere gewesen wäre. Aber noch andere Punkte sprechen gegen die Position. Der Bauplatz soll stumpig sein, und der Bauplan ist noch nicht fertig. Auch darüber ist man nicht im Klaren. Erst wenn man über alle diese Punkte orientiert ist, wird man einen sicheren Weg geben können. Ich beantrage zunächst, die für Ausarbeitung des Bauplans bestimmten 12,000 M. zu bewilligen, dagegen die für den Bau bestimmten 488,000 M. abzusehen. (Beifall links)

Bundeskommisar Dr. Meyer: Der Vorredner hat einräumen müssen, daß eine größere Untersuchungssache über Hochverrat in den Räumen des sächsischen Landgerichtes hat zum Austrag gebracht werden müssen. Die Behauptung, daß dies das einzige Mal gewesen ist, wo es an Raum mangeln konnte, ist wohl nicht richtig; es existiert nicht einmal ein Sitzungssaal, der für das ganze Plenum des Reichsgerichts ausreicht, die Räumlichkeiten sind in der That unzureichend. Da dieselben aber weiter über den Zeitraum von zehn Jahren hinaus nicht zu unserer Disposition stehen werden, so ist die Notwendigkeit eines Umbaus so mehr vorhanden. Man würde jedoch nicht flugthun, einen Bau nur nach den Bedürfnissen des Augenblicks einzurichten. Wenn der Vorredner meint, daß mit dem Zustandekommen des bürgerlichen Gesetzbuches die Zahl der Zivilsenate von fünf auf acht bis neun steigen würde, so muß ich dem widersprechen. Die Bevölkerung von Bayern und Sachsen beträgt zusammen nur etwa 8,000,000, und daraus kann man schon sehen, daß, wenn auch die Zahl der Zivilsachen durch den Zuwachs aus diesen Ländern erhöht wird, von einer übergrößen Vermehrung der Zivilsenate nicht die Rede sein kann. Ferner hat der Vorredner darauf hingewiesen, daß die Wiederaufnahme der Berufung in Strafsachen die Revision auf ein Minimum reduziert und daß dann nur sehr wenig, vielleicht nur ein Strafsement notwendig sein würde. Dem gegenüber erinnere ich nur daran, daß in Schwurgerichtssachen die Revision unverändert bestehen bleiben würde. Was die Zahl der Patentrichter angeht, die dem Reichsgericht, wie der Herr Vorredner sagte, zur Last fallen, so betragen dieselben nur etwa 20 oder 30. Auch die Tauglichkeit des Bauplatzes ist von dem Herrn Vorredner angezeigte worden, und ebenso hat der Vorredner über die Höhe des Preises gesprochen. Ich erwidere darauf, daß das Urteil, welches auf Grund genauer bautechnischer Untersuchungen von Sachverständigen über den Bauplatz gefällt ist, davon geht, daß unter Berücksichtigung der Baugrundverhältnisse in Leipzig der Platz sehr wohl geeignet und auch der Preis nicht zu hoch sei. Gewissermaßen erprobt worden ist der Bauplatz dadurch, daß ganz in der Nähe das Leipziger Konzerthaus, welches an die Stelle des Gewandhauses treten soll, erbaut ist. Die bei der Fundamentierung dieses Gebäudes gemachten Erfahrungen kommen uns zu Gute. Daß schließlich der Bauplan noch nicht fertig ist, ist kein Hindernis, die Position zu bewilligen, ebensoviel wie dies bei anderen Positionen ein Hindernis war. Ich bitte, die Position unverändert zu bewilligen.

Abg. Dr. Strohmann: Als Leipziger glaube ich über die Verhältnisse urtheilen zu können. Danach aber ist es durchaus ungeeignet, daß ein provisorisches Gebäude für längere Zeit der Sitz einer so bedeutenden Behörde ist. Ursprünglich war dies Gebäude für andere Zwecke bestimmt. Die Räumlichkeiten sind daher völlig unzureichend. Die Ansicht auf eine demnächstige Aufhebung des Senates für die Hochgerichtsprozeße kann uns doch unmöglich von dem Bau abhalten. Der Bauplatz ist von dem Reichsgericht selbst gewählt. Der Grund und Boden ist nicht feucht, auch ist derselbe wenigstens in einer Tiefe von 5 Meter als bester Baugrund anzusehen. Der Preis von 30 bis 40 M. pro Quadratmeter ist ein sehr niedriger, denn die Stadt, deren Eigenthum der Platz bisher war, setzt einen Stolz darein, einen Neubau des Reichsgerichts zu erhalten. Der Platz ist auch keineswegs zu groß, denn der Abg. Braun sagt ja selbst, daß man den Umfang des Gerichts für die Zukunft nicht bestimmen könne. — Gönnen wir unserer obersten Gerichtsbehörde, was wir jeder andern Reichsbehörde gönnen, daß sie ein eigenes, ihrer würdiges Gebäude erhält. Die Position wird mit großer Majorität bewilligt.

Es folgen die Einnahmen des deutschen Reichs aus 300 Millionen, Verbrauchsteuern und Aversen, über welche Namens der Budgetkommisar Abg. von Wedell-Waldo referiert.

Die Einnahmen aus den Zöllen sind für das Jahr 1883/84 auf 208½ Millionen Mark veranschlagt, wovon an die Reichsfinse nach Abzug der Erhebungs- und Verwaltungskosten rund 191½ Millionen abgeliefert sind.

Abg. Dr. Barth: Als bei der ersten Etatberatung der Abg. v. Minnigerode auch den angeblichen Aufschwung der Textilindustrie auf die Segnungen der Schutzzollpolitik zurückführte, hat er auf die Widerlegung von unserer Seite provoziert. Ich muß nun konstatiren, daß seine damaligen Behauptungen den Thatsachen nicht entsprechen. Nach seinen Ausführungen soll der Import von Geweben seit 1879 von ½ auf ¼ gesunken sein. Die Behauptung trifft bei den Seidenstoffen in keiner Weise zu. Der Import von Seidenstoffen hat im vorigen Jahre 2½ Millionen M. betragen, dennoch wurden heute für 112½ Millionen Seidenstoffe durch das deutsche Volk konsumirt, mit anderen Worten, es müßte eine Steigerung des Verbrauchs um voll 50 Millionen eingetreten sein. Diese Zahl allein wird genügen, um die Unrichtigkeit des von Herrn v. Minnigerode angegebenen Verhältnisses zu kennzeichnen. Auch mit der ferneren Behauptung, daß der Export von Halbseide nach dem Erlaß des Zolltariffs von 1879 besonders gesiegen sei, ist Herr v. Minnigerode im Unrecht; die deutsche Halbseide dominirt schon seit langen Jahren auf dem Weltmarkt. Im Übrigen ist trotz aller Vorberatungen der Schutzzöllner die deutsche Spinnerei-Industrie noch immer nicht im Stande, die feineren Nummern der Baumwoll- und Seidengarn herzustellen, so daß trotz Herrn v. Minnigerode unser schönes Geld nach wie vor ins Ausland geht. Mit der behaupteten Einfuhr australischer Wolle steht es ebenso unsicher: auch nicht ein einziges Pfund derartiger Wolle ist 1881 über Hamburg und Bremen nach Deutschland gelangt, im Jahre 1881 ganze sechs Ballen. Im Jahre 1882 mögen ja einige tausend Ballen nach Deutschland gesommen sein, von einer Auktion hat aber nichts verlautet. Solche

Auktionen sind nur mit Kap- und Buenos-Ayres-Wollen veranstaltet worden. Nur in der Jute-Industrie hat sich ein merkbarer Aufschwung gezeigt. Die Mittheilungen des Abg. v. Minnigerode, soweit sie auf statistischer Grundlage beruhen, sind etwa ebenso zuverlässig wie die Statistik der Lebensmittelpreise, welche in den letzten Monaten durch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht wurden oder die Angaben der „Concordia“. Die weiteren Ausführungen des Redners bewegen sich rein in allgemeinen Angriffen gegen die Schutzzollpolitik und stehen mit dem Gegenstande der Spezial-Beratung nur in sehr lockrem Zusammenhange. Der Redner macht gegen den Schutzzoll gestellt, daß nach seiner Einführung die Nachbarstaaten Deutschlands ihre Zölle auch bedeutend erhöht und namentlich auf Gegenstände gelegt hätten, die aus Deutschland kämen. Die Agrarier nähmen den Nationalökonomen Friedrich List für sich in Anspruch, während er doch der agrarischen Politik entschieden abgeneigt gewesen sei. Bald werde der Bauer aufhören, sich von dieser Dämmerungslogik der Agrarier irre führen zu lassen. (Beifall links)

Abg. v. Minnigerode: Auf die vom Vorredner angeführten Zahlen habe ich nichts zu erwiedern. (Große Heiterkeit links.) Meine Zahlen sind amtlichen Quellen entnommen, ihre Richtigkeit ist auch vom Vorredner nicht bestritten worden, es steht also Behauptung gegen Behauptung. Die Bedeutung der Halbseide für die deutsche Industrie ist mir sehr wohl bekannt. Auch habe ich nicht behauptet, daß speziell die australischen Wollen, sondern daß mehr und mehr außereuropäische Wollen in Deutschland zur Verarbeitung gelangen. (Sehr richtig! rechts) Dagegen kann nicht bestritten werden, daß seit 1879 die Damenmantelproduktion sich gehoben habe. (Widerspruch und Heiterkeit links) Friedrich List hat unter ganz anderen Verhältnissen gelebt und bei dem praktischen Blick, welcher diesen Mann auszeichnete, hätte er gewiß den agrarischen Bestrebungen sehr wohlwollend gegenübergestanden. Redner schließt mit einem Zitat aus dem Jahresbericht der Obersfelder Handelskammer für 1881, welche ausdrücklich konstatiert, daß Schädigungen der Industrie durch die deutsche Schutzzollpolitik nirgends zu Tage getreten seien. (Beifall rechts.)

Die weitere Beratung wird vertagt. Nächste Sitzung: Donnerstag 12 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der Etatberatung. Schluss 4½ Uhr.

## Vom Landtag.

25. Sitzung.

Berlin, 7. Februar. Am Ministertisch: Dr. Friedberg, Dr. Lucius u. A.

Präsident v. Kölle eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 25 Min. Tagesordnung: Fortsetzung der ersten Beratung der Landgüterordnung für die Provinz Brandenburg.

Abgeordneter v. Quast behauptet, daß die Vorlage der Fortschrittspartei unzureichend sei und daher so schwer bekämpft werde, daß sie indessen zu agitatorischen Zwecken wenig eigne. Er schildert alsdann die Schäden, welche die gegenwärtige Gelehrte in Folge habe, ist indessen der Ansicht, daß Sitte, Gewohnheit und Umgehung der Gesetze diese Schäden eingemessen haben. Das darf indessen nicht davon zurückhalten, die dringend notwendige Besserung herbeizuführen. Die Abstimmung der Provinz Brandenburg wesentlich zu erweitern, es solle die bestehende Sitte gesetzlich legalisiert werden und zwar nicht nur für den Bauernstand, sondern für sämtliche Landwirthe. Der Redner rechtfertigt alsdann den Beclaus des brandenburgischen Provinziallandtages, der sich entschieden gegen die Höserolle erklärt habe, erklärt aber, daß die Becläufe des Herrenhauses dem Wunsche des größten Theiles der Erblasser in der Provinz nicht entsprechen, wenigstens soweit sich dieselben auf die Taxe beziehen. Redner empfiehlt schließlich die Annahme der Vorlage.

Abg. Hildebrandt ist der Ansicht, daß das Haus keine Veranlassung habe, die Höserolle unbedingt zu verwiesen, denn dieselbe entspräche dem Willen der Bevölkerung. Mit der vorgeschlagenen Taxe habe der Provinziallandtag sich zwar einverstanden erklärt, indessen werde dieser Punkt in der Kommission noch eingehender erörtert werden müssen.

Hierauf wird die Diskussion geschlossen und die Vorlage an eine besondere Kommission von 21 Mitgliedern zur Vorberatung überwiesen.

Bevor zur Feststellung der Tagesordnung für die nächste Plenarsitzung geschritten wird, gibt Präsident v. Kölle zunächst eine Übersicht über die augenblickliche parlamentarische Geschäftslage, indem er zugleich darauf hinweist, daß seine im vorigen Monat ausgeprochene Hoffnung, es werde der Reichstag bis zum 4. oder 5. Februar die Etatberatung beenden, sich nicht erfüllt habe. Der Reichstag werde voraussichtlich noch bis zum 17. oder 19. d. M. zu thun haben. Wenn sich das Abgeordnetenhaus bis dahin vertage, dann wäre es vielleicht möglich, den Etat zu erledigen, aber für weitere Arbeiten ist dann keine Zeit. Zur Erledigung der zweiten Lesung des Etats seien nach den bisherigen Erfahrungen mindestens noch 12 Tage erforderlich, nämlich vom 19. d. M. bis zum 3. März, bis zu welchem Tage die zweite Lesung des Etats beendet sein könnte. Der Schwerpunkt der Arbeiten dieses Hauses würde dann in die Zeit zwischen Ostern und Pfingsten fallen. Der Präsident glaubt, daß ein Zusammentreffen des Abgeordnetenhauses mit dem Reichstag nicht zu vermeiden sein werde, das heißt nicht zu derselben Stunde, wohl aber an demselben Tage. Er schlägt deshalb vor, zunächst eine Plenarsitzung am Freitag Vormittag 10 Uhr abzuhalten und auf die Tagesordnung derselben die erste Lesung der Sekundärbahnvorlage zu setzen.

Abg. Dr. Schorlemmer-Alst und v. Bennigsen erklären sich gegen den Vorschlag eines Zusammentagens mit dem Reichstag und für Aufreihaltung der früheren Becläufe. In demselben Sinne spricht sich Abg. Dr. Hanel aus. Sie empfehlen, nach Erledigung der ersten Lesung der Eisenbahn-Vorlage eine nochmalige Vertagung der Arbeiten des Abgeordnetenhauses, um dem Reichstag zur Erledigung der dringendsten Arbeiten Raum zu schaffen. Es entspreche auch nicht dem Ansehen und der Würde des Parlaments, wenn Reichstag und Abgeordnetenhaus nebeneinander tagen.

Abg. Dr. Hanel verweist auf Neuerungen des Fürsten Bismarck, der sich ganz entschieden gegen das Zusammentagen der Parlamente ausgesprochen habe.

Minister des Innern v. Puttkamer erklärt sich für den Vorschlag des Präsidenten. Die Voraussetzungen des Präsidenten würden

sich kaum erfüllen, mindestens aber schlössen sie das alleräußerste Maas dessen ein, was zu erwarten sei. Wollte denn das Abgeordnetenhaus die Verantwortung übernehmen, daß die Regierung am 1. April einem unfertigen Etat gegenübersteht? Die Regierung müsse davon abrathen, sie in eine so unsichere Lage zu bringen. Es könne verschern, daß die Vorschläge des Präsidenten mit den Anfichten der Regierung völlig übereinstimmen. Die Herren, welche für die Vertragung eintreten, bringen sich auch in grundätzlichen Widerprüchen mit dem Herrn Reichskanzler. Die Verhältnisse sind eben heute andere wie früher; die damaligen Verhältnisse treffen heute nicht mehr zu. Wir dürfen heute nur von dem Bilde ausgehen, das sich uns darbietet, und dieses Bild ist, daß der Landtag von einer so großen Zahl von Arbeiten in Anspruch genommen ist, daß ein Nebeneinanderlagen von Reichstag und Abgeordnetenhaus absolut nicht zu vermeiden ist. Ich glaube, daß das Haus wird ebenso wie die Regierung darauf bedacht nehmen, daß der Etat noch vor dem 1. April zu Stande kommt. Ich kann deshalb nur bitten, dem Vorschlag des Herrn Präsidenten Folge zu geben.

Die Abgeordneten Stengel, Frhr. v. Minnigerode und v. Rauchbaur erklären, daß sie prinzipiell auch auf dem Standpunkt stehen, daß das Zusammentragen von Reichs- und Landtag möglichst zu vermeiden sei, man müsse aber auch auf die Arbeiten des Landtags Rücksicht nehmen. Man müsse aus der Zeit, die übrig bleibt, so viel herauszuschlagen als möglich, um die Geschäfte erledigen zu können. Herr Hänel habe die Frage auf das politische Gebiet hinübergeleitet gefragt. Die rechte Seite des Hauses wolle der Frage über keinen politischen Charakter auftragen, sondern sie einfach als rein geschäftliche behandeln wissen. Die Notlage zwinge das Abgeordnetenhaus dazu, dem Vorschlag des Präsidenten zuzustimmen. Es liege der Rechten fern, das Ansehen des Reichstages zu schmälen, aber man dürfe verlangen, daß die Arbeiten des Landtages nicht gestoppt werden.

Abg. Dr. Hänel: Er habe nicht gesagt, daß es die Absicht der Rechten sei, die Geschäfte des Reichstages zu stoppen oder das Ansehen des Parlaments herabzusezen, sondern er habe nur gesagt, daß es die notwendige Folge sein werde. Daß eine Störung der Geschäfte aus dieser Taktik hervorgehen müßt, sei doch eine unumstößliche Thatsache. Außerdem steht fest, daß ein ganz zutreffendes Organ des Reichstages eine Vereinbarung zur Erledigung der parlamentarischen Geschäfte herbeigeführt hat. Bei diesem Beschuß sei ausdrücklich auf die Geschäftslage des preußischen Landtages Rücksicht genommen worden. Von Seiten des Reichstages sei Alles erfüllt, und jetzt weigert sich die Rechte, dem Abkommen des Reichstages gerecht zu werden. Was den Etat anlange, so gebe es, wenn derselbe bis zum 1. April nicht fertiggestellt werden sollte, Mittel, eine Verlängerung des laufenden Etats herbeizuführen.

Abg. v. Heydebrand u. d. Lasa meint, daß man besser gezählt hätte, statt der Geschäftsordnungs-Debatte die hannoversche Kirchenordnung zu debattieren.

Abg. Dr. Windhorst kann sich durch die Ausführungen des Ministers nicht veranlaßt fühlen, seinen in der Frage einmal eingenommenen Standpunkt aufzugeben. Er bleibt dabei, daß man nur die zweijährigen Budgetperiode forciren wolle. Dann wird die Debatte geschlossen.

Nächste Sitzung Freitag 10 Uhr. Tagesordnung: Sekundär-Eisenbahvorlage und Kanalvorlage.

Schluß gegen 12 Uhr.

## Politische Übersicht.

Posen, den 8. Februar.

Das kaiserliche Dankschreiben auf die Kondolenz-Adresse des Breslauer Fürstbischofs aus Anlaß des Ablebens des Prinzen Karl hat nach der „Schles. Volkszeit.“ folgenden Wortlaut:

Hochwürdigster Herr Fürstbischof! Der Ausdruck des Beileids, welchen Eure Hochwürden in dem Schreiben vom 23. d. J. sowohl für Ihre Person, wie Namens Ihrer Diözese zu dem Dahinscheiden Meines noch einzigen Bruders Mir entgegengebracht haben, hat Meinem Herzen wohlgethan, und unterlasse ich nicht Ihnen dafür bestens zu danken.

Ich verbleibe Eurer Hochwürden wohlgeneigter

Wilhelm.

Berlin, d. 31. Januar 1883.

Die „Germania“ wird in ihren Neuersungen über die kirchenpolitische Lage immer leidenschaftlicher. Die ganze Ullerikale Presse führt die letzten offiziellen Kundgebungen direkt auf den Fürsten Bismarck zurück und giebt zu verstehen, daß dieser den Ausgleich nicht wolle. Die „Germania“ kommt heute schon wieder mit ihrer Drohung, daß die Kirche eine geheime Seelsorge einrichten werde:

„Unsere wesentlichen Klagen bestehen noch heute, und werden sie nicht geboren oder bewilligt man dann nicht volle Trennung von Kirche und Staat, dann muß die Kirche zur Rettung der immer zahlreicher verwäsenden Gemeinden, wie in vergangenen Jahrhunderten, die Heranbildung unserer Geistlichen im Auslande und eine Geheimseelsorge organisieren – dazu ist sie verpflichtet, und der Staat hat ebenso wenig Mittel, das zu binden, als er noch irgend ein Mittel besitzt, die positive Durchführung der Maigesetze zu sichern.“

Man pflegt nicht zu drohen, so bemerkt diesen Auslassungen gegenüber die „Nat. Ztg.“ ganz zutreffend, wenn man von einer schwedenden Verhandlung sich Erfolg verspricht.

Die „Prov.-Korr.“ bringt zur kirchenpolitischen Lage einen Artikel, welcher sich über die Haltung der „Germ.“ folgendemmaßen äußert:

In Veranlassung des Allerböschten Schreibens vom 22. Dezember lassen gewisse Organe der Zentrumspartei es sich angelegen sein, eine bestimmte Auffassung dieses Altenstückes einzubürgern, die die Bestimmung hat, im gegebenen Augenblick als unwiderstehlicher Ausdruck der Meinung des katholischen Volks verwerthet zu werden. Diese Meinung soll dahin gehen, daß eine sachliche Förderung der angeknüpften Verhandlungen nicht zu erwarten stehe. Unmittelbar nach dem Bekanntwerden des Handschreibens vom 22. Dezember und unter dem frischen und unmittelbaren Eindruck desselben hat ein erheblicher Theil der katholischen Presse sich die Freiheit genommen, seiner Befriedigung über dieses Altenstück einen Ausdruck zu geben. Diese in der „Schles. Volkszeit.“, der „Tuldaer Ztg.“ &c. zu Gehör gekommenen, unabweislich auf katholischen Stimmen zu übertönen und die Thatfrage aus der Welt zu schaffen, daß dieselben Organe einer Strömung sind, deren Ursprung bis in die Zentrumspartei zurückreicht, ist das lebhafte Bemühen der „Germania“ und eines bekannten katholischen Korrespondenten.

Nachdem dann weiterhin auf die Haltung der Hauptorgane der Zentrumspresse in der Frage der gemischten Ehen und in Bezug auf die Feier des vierhundertsten Gedenktages der Reformation hingewiesen ist, heißt es schließlich:

Wenn diese Elemente – wider Erwarten – noch einmal die Oberhand behalten sollten, so wird mindestens das Eine als feststehend angesehen werden können, daß dieselben sich nicht mehr auf die Volkssstimme berufen können, sondern daß es einer künstlichen Agitation bedarf, damit die katholische Bevölkerung in dem Glauben an die friedserigen Absichten ihres Königs und seiner Regierung beirrt werde.

Die Kommission des Reichstags für die Krankenversicherung der Arbeiter hat Dienstag die zweite Verhandlung zu Ende geführt, nachdem sie nicht weniger als 53 Sitzungen gehalten hat. Voraussichtlich wird die noch ausstehende rebaktionelle Revision der Beschlüsse, in welche die Kommission nunmehr eintritt, noch eine Reihe von Sitzungen in Anspruch nehmen. Mit der Berichterstattung an das Plenum ist der Abg. v. Malzahn-Gülsk beauftragt.

Die liberalen Mitglieder der Börse steuerten im Mission des Reichstags haben beschlossen, sich an den Debatten über den Antrag Wedell nicht mehr zu beteiligen.

In Sachen der französischen Prätendentenfrage meldet man aus Paris: Die Kommission des Senats hörte heute den Justizminister und den Kriegsminister, welche den von der Kammer angenommenen Gesetzentwurf zur Annahme empfahlen. Nachdem sich die Minister zurückgezogen hatten, stellte die Kommission den Bericht, welcher auf Ablehnung des Entwurfs anträgt, in seinen Hauptzügen fest. Der Senator Allou wird den Bericht redigieren, der morgen vor der Sitzung in der Kommission verlesen werden und sodann im Senate eingebrochen werden wird. Von mehreren Seiten dürfte die sofortige Diskussion beantragt werden, indessen es gilt für wahrscheinlich, daß die Berathung bis Freitag verschoben werden wird. In parlamentarischen Kreisen hält man die Ablehnung des Entwurfs für sicher. Das Kabinett dürfte alsdann demissionieren und Jules Ferry mit der Neubildung beauftragt werden. — Der „Liberté“ aufgezogene hat der Präsident Grévy heute wieder mit Ferry konferiert.

Schon glaubte man in Russland die Revolutionspartei vernichtet zu haben, da erhebt sie aufs Neue ihr Schreckenshaupt. Die Sicherheit des kaiserlichen Hofes und der Regierungsspitze war eine trügerische, denn im Anschluss-Palast hat Zar Alexander unter seinen Papieren auf dem Schreibtisch ein „Memorandum der revolutionären Partei“ gefunden, welches ihn jäh aus seiner Ruhe aufgeweckt haben mag. Als „Forderungen des russischen Volkes“ werden in dem Schriftstück namhaft gemacht:

1) Bewilligung und Konstituierung einer ständigen Volksvertretung, welche frei, nach allgemeinem Stimmrecht und mit Instruktionen ihrer Wähler gewählt werden würde und vollständige Machtbefugnisse in allen, den gesammten Staat betreffenden Angelegenheiten besitzen müßte. 2) Umfassende provinziale Autonomie, welche durch die Wahl aller Beamten, durch die Selbstständigkeit der Bauerngemeinde, des Mir, und durch die ökonomische Unabhängigkeit des Volkes sichergestellt werden müßte. 3) Selbstständigkeit der Bauerngemeinde, des Mir, als ökonomische und administrative Einheit. 4) Zugehörigkeit des Bodens dem Volke. 5) System von Maßnahmen, welche bezwecken, alle Fabriken und Werkstätten den Arbeitern zu übertragen. 6) Vollständige Gewissensfreiheit, volle Freiheit des Wortes, der Presse, der Zusammenkünfte, der Assoziation und der Wähler-Agitation. 7) Allgemeines Wahlrecht ohne irgendwelche Stände- oder Vermögens einschränkungen und 8) Umgestaltung der stehenden Armee in eine Territorial-Armee.“

Das „Exekutiv-Komite“ gibt dem Zaren Frist bis zum Tage der Krönung, stellt aber im Falle der Nichtgewährung der Forderungen Dolch und Dynamit in Aussicht. „Giebt der Kaiser bis dahin“, so schließt das Dokument, „seinem Reiche keine Reformen, dann wird auch das revolutionäre Exekutiv-Komite seines Amtes walten.“ Bekanntlich ist die Krönung für den Mai festgesetzt.

## Locales und Provinzielles.

Posen, 8. Februar.

A. Stiftung. Anlässlich des zurückgelegten dritten Decenniums seines ärztlichen Wirkungskreises in der Stadt Posen übertrug der Sanitätsrat Dr. J. Samter im Jahre 1875 dem Magistrat zur Begründung einer Stiftung für das städtische Krankenhaus die Summe von 300 M. in einem Pfandbriefe. Die Stiftung wird unter der Bezeichnung „Viaticum-Stiftung“ geführt. Aus den Zinsen des Kapitals, das noch durch anderweitige Zuwendungen auf den Betrag von 1800 M. gebracht worden ist, erhalten solche Patienten, welche nach ihrer Heilung aus dem städtischen Krankenhaus entlassen werden, sofern sie dessen würdig und bedürftig sind ein Viaticum. Wer da weiß, welche große Zahl von mittellosen und oft würdigen Personen das städtische Krankenhaus als Pflegestätte aufsucht und dasselbe wieder verläßt, wird den guten Zweck, welchen die Stiftung zu erfüllen bestimmt ist, voll zu würdigen wissen und ihr weitere Zuwendungen wünschen.

d. Von dem verstorbenen Rittergutsbesitzer v. Gräve war in einem Nachruf im „Kreisblatt und Anzeiger des Kreisbörner Kreises“ vom Landrat Gläser gesagt worden: er sei seinem Vater nach ein Deutscher, seiner Mutter nach ein Pole gewesen, und habe in der Kreisvertretung das Interesse des Kreises über das der Nationalität gestellt. Der „Ozjenni Posen.“ protestirt hiegegen, und erklärt: Herr v. Gräve sei durchaus Pole gewesen und habe als solcher im Jahre 1863 in der Haushaltung zu Berlin wegen seiner Liebe zum Vaterland gesessen. Natürlich protestirt der „Ozjenni“ auch gegen die Behauptung, daß der Verstorbene in der Kreisvertretung das Interesse des Kreises über das der Nationalität gestellt habe.

d. Die polnischen Studirenden in Zürich veranstalten dort am 3. März d. J. einen Ball und haben zu demselben auch die Redaktion des „Kurier Posen.“ eingeladen. Da kommen sie aber schön an; sie werden von dem ultramontanen polnischen Organe dafür abgezweigt, daß sie während der Fastenzeit einen öffentlichen Ball veranstalten.

„Bromberg, 6. Februar. [Verein deutscher Holz- und Flößerei-Interessen.] Die gestern hier stattgehabte zahlreiche Versammlung eröffnete der Vorstande, Handelskammersekreter Hirschberg, mit der Mitteilung, daß dem Verein wiederum mehrere neue Mitglieder beigetreten sind. Die vom Verein beim Reichstage eingereichte Petition gegen die eventuelle Zollabschöpfung ist von mehreren Handelskammern und Korporationen laut deren Anzeige unterstützt worden. Nach Annahme mehrerer Zulässtimmungen zu den Kontraten, betreffend Engagement von Flößern, nimmt die Versammlung Kenntnis von dem abzüglichigen Bescheide der Provinzialsteuer-Direktion auf die Eingabe, betreffend eine generelle Steuerdeclarations an der 2. Schleuse des Bromberger Kanals. Die Behörde hält die Angabe von Längen- und Breitdimensionen der einzelnen Flöße unter Berüfung auf die Verfügungen vom 9. März 1874 und 25. März 1881 behufs der Kontrolle für angezeigt. — Die Versammlung genehmigte also an die Eingabe an das deutsche Generalkonsulat in Warschau, bei dem Generalgouverneur in Polen dahin vorstellig werden zu wollen, daß die Lofalbehörden in Włodawa und Rzeszów angeföhren werden, den Flößern ungebührlichen Aufenthalt in jenen Orten zu untersagen und sie zur zeitgemäßen Fortsetzung der Reise zu veranlassen. Der Mißbrauch, der von den Flößern unter dem Deckmantel der Forderung von Löhnedeponen &c. getrieben wird, bringt den Interessenten nicht nur pekuniäre Lasten, sondern ist auch ge-

eignet, die Transporte unvorhergesehenen Wassergefahren auszusetzen. — Schließlich wurde eine Deputation gewählt, welche in Warschau mit den Brüdern der Wierzbię-Brücke neuerdings Verhandlungen anstrebt, Abschluß eines für die Vereinmitglieder günstigen Kontrakts anzuknüpfen soll und welches zu diesem Beute mit unbedeutenden Böllern versehen wird.

## Aus dem Gerichtsaal.

\* Posen, 7. Februar. [I. und II. Strafkammer.] In der Nacht zum 7. Mai v. J. verließen die Hautboisten Menzel und Scharnow das heutige Lokal vor dem Eichwaldthore. Unweit der Selterbude sprangen 8–10 Zivilpersonen aus dem Gebäude und umringten den M. in drohender Geberde, so daß er, um sich seines Seitengewehrs zu versichern, die Hand darauf legte. Als diese Personen auf ihn eintrangen, zog er sein Seitengewehr und bieb um sich. Plötzlich erhielt er mit einem harten Gegenstand von hinten einen Schlag gegen den Kopf, worauf auch sofort der Bürlsmacher Deutic und der Forger Julius Hänsler auf ihn zusprangen. D. packte den M. an die Brust, H. schlug ihm mit der flachen Hand auf den Kopf, eine nicht festgesetzte Persönlichkeit – von den Beteiligten nur unter dem Namen „der lange Schlosser“ bekannt – zog aus seinem Stiefel einen Messer und stach den M. an. An der nun fortgesetzten brutalen Misshandlung des halb bewußtlosen M. beteiligte sich auch in hervorragender Weise der Malerhilfe Wladislaus Pausch. Sie ließen den bewußtlosen M. am Wege liegen und entfernten sich. M. hatte 4 größere Stichwunden erhalten. Einige Tage später drohte Hänsler einem Mädchen, welches Zeugin des Vorfalls gewesen war, daß er sie tödlich töte, wenn sie ihn verriet. Deutic konnte nicht ermittelt werden, er wird noch strafrechtlich verfolgt. Pausch und Hänsler wurden wegen Körperverletzung bez. Bedrohung mit einem Verbrechen zu sechs bzw. 10 Monaten Gefängnis verurteilt. — Die Arbeiter Johann Oszarczak und Martin Schubert aus Gliwice, welche den Arbeiter Pozega derart geschändet hatten, daß er mehrere Wochen in Lebensgefahr schwante und an welchem dieserhalb eine nicht ungefährliche Operation hat vollzogen werden müssen, wurden wegen schwerer Körperverletzung zu einem Jahre, bzw. einem Jahr sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

## Staats- und Volkswirtschaft.

\* Breslau, 7. Februar. [Die Einnahmen der Rechte, Oder-Ufer-Eisenbahnen] betrugen nach vorläufiger Feststellung im Monat Januar d. J. 1) im Personen- und Gepäckverkehr 86,260 M.; 2) im Güter- und Viehverkehr 767,300 M.; 3) außerdem 60,000 M., mitin in Summa 913,560 M. Nach der definitiven Feststellung pro Monat Januar 1882 beliefen sich die Einnahmen ad 1) auf 88,730, ad 2) auf 673,177, ad 3) auf 55,000 M., in Summa 816,547 M.; mitin ergaben die Einnahmen pro Monat Januar d. J. ad 1) 2110 M. weniger, ad 2) 94,123 M. mehr, ad 3) 5000 M. mehr, in Summa 97,013 M. mehr.

## Vermischtes.

\* Die Verlagsbuchhandlung von „Schorer's Familienblatt“ veröffentlicht folgendes Konkurrenz-Ausschreiben auf Malereien auf Porzellan, Majolika und ähnliche glasierte Erdenware: Weder die Wahl des Geräths, noch der Technik, noch der Darstellung soll beschränkt werden, gefordert wird nur, daß die Maleien wirklich eingebrannt sind. Das Gewicht wird bei der Beurtheilung nicht auf etwaige plastische Ausbildung des Geräths, auf elegante Fassung oder ähnliches Zubehör gelegt werden, sondern lediglich auf die wirkliche Malerei; es empfiehlt sich daher die Wahl einfacher Formen, wie Teller, Näpfe, glatte Vasen. Die Konkurrenz hat den Zweck, künstlerische Kräfte, sowohl Fachleute als Dilettanten, zur Verwendung ihrer Geschicklichkeit für die dekorative Kunst anzuregen und durch Zusammenstellung und Vergleichung der verschiedenartigen Leistungen aus ganz Deutschland und den benachbarten Ländern deutscher Zunge die Kunstfertigkeit zu fördern. Vor Alem hofft die Verlagsbuchhandlung den Frauen durch Förderung der Liebhaberei auf diesem Gebiet in Deutschland einen neuen Erwerbszweig eröffnen zu können. Auf Wunsch der Verlagsbuchhandlung haben das Amt der Preistrichter freundlich übernommen die Herren: Grunow, erster Direktor des Kunstmuseum, Professor Ernst Ewald, Direktor der Unterrichtsanstalt des Kunstgewerbe-Museums, Professor Dr. Lessing, Direktor der Sammlung des Kunstgewerbe-Museums, Geheimer Regierungsrat Professor Neuleau, Vorstehender des Vereins für deutsches Kunstgewerbe. Zur Vertheilung von fünf Preisen sind fünf hundert Mark ausgesetzt. Die fertigen Arbeiten sind bis zum 28. April er. an die Expedition des „Familienblatts“ in Berlin SW., Dorotheestraße 12, einzuliefern. Dieselben sollen nach einer Vorprüfung durch die Jury öffentlich in der Art in Berlin ausgestellt werden, daß auch ein Verlauf derselben nach Bestimmung des Einsenders stattfinden kann. Wir verweisen im Übrigen auf den in Nummer 4 des Familienblatts enthaltenen Auffall, mit welchem auf unseren Wunsch Professor Dr. Julius Lessing die Konkurrenz einleitet.

## Wissenschaft, Kunst und Literatur.

\* Diätetische Kuren. Nebst Gröterungen über Arzneibehandlung, Schrotthähe Kur und diätetische Heilkunst von Dr. med. Felix Kleß, Direktor der diätetischen Heilanstalt zu Dresden-Antonstadt, Bachstraße 8. Nachdem in kurzer Zeit die ersten Auflagen dieser wertvollen Schrift vergangen waren, ist dieselbe in dritter, bedeutend vermehrter Auflage in dem Verlag der Diätetischen Heilanstalt erschienen. Der Verfasser hat unter seinem sinnreichen Wahlspruch: „Gesund zu sein, hat jeder Recht und Pflicht“ das Buch zur An- und Einleitung in das populäre Studium der diätetischen Heilkunst geschrieben, und damit entschieden mehr als diesen Zweck erreicht. Während man sich nämlich unter diätetischer Heilmethode gewöhnlich nur eine Kur mit schmalem Rost und Vermeidung reizender Nahrungsmittel vorstellt, lernen wir hier vielmehr ein den kranken Organismus erfassendes Heilverfahren kennen, durch dessen Wirkung die langwierigsten, schwersten und hartnäckigsten Nekrosen zur Heilung gelangen. Der Fundamentalsatz: Behandlung des Leidens ohne Anwendung von Medikamenten verläuft, nur so lange überraschend, als man sich bestimmt, daß ja die schweren das Menschen geschlecht befallenden Krankheiten, wie Pest, Cholera, Typhus, Diphtheritis und mehr derselben in Wahrheit nur durch hygienische und diätetische Mittel bekämpft werden können, während andererseits dem reichlichen Gebrauch von Medikamenten manches tiefe Siechtum seine Entstehung verdankt. Die vom Verfasser seit vielen Jahren mit wissenschaftlichem Eifer, größter Sorgfalt und echter Humanität geleitete diätetische Heilanstalt, ist reich an außerordentlich günstigen Erfolgen, von denen eine geeignete Auswahl in dem speziellen Theil der Schrift niedergelegt ist.

\* Friedrich Wilhelm, Kronprinz des deutschen Reiches und von Preußen, ein Fürstenbild aus dem neunzehnten Jahrhundert, von Hermann Hengst. Berlin, Verlag von Gebr. Pätz. — Das uns vorliegende Buch unterscheidet sich von den meisten anderen Werken welche bei Gelegenheit der silbernen Hochzeit des kronprinzipialen Paares herausgegeben wurden, wesentlich durch seinen bleibenden inneren Werth. Es ist keine ad hoc entworfene Festschrift, auf das flüchtige Interesse des Tages berechnet, sondern ein sorgfältig durchdachtes, auf eingehender Forschung beruhendes Lebenbild. Außer den bekannten Quellen haben dem Autor auch andere, sonst nicht zugängliche zu Gebote gestanden, so u. a. die Aufzeichnungen

welche der Kronprinz eigenhändig über seine Orientreise gemacht. In amerikanischer Weise ließ es der Verfasser sich angelehen sein, nicht blos den Kronprinzen als Krieger und großen Feldherren zu schulen, sondern auch die Friedensfähigkeit derselben, die sich namentlich in dem hohen Interesse für Kunst und Wissenschaft und den neuen Aufschwung der gewerblichen Thätigkeit beschäftigt, in's rechte Licht zu stellen.

## Telegraphische Nachrichten.

Bern, 7. Februar. Die österreichisch ungarische Regierung hat dem Bundesrat ihren Beitritt zu den Beschlüssen der Berner internationalen Konferenz über die technischen Einheiten im Eisenbahnbauweisen angezeigt.

Wien, 7. Februar. Wie die "Polit. Korresp." erfährt, haben sich die Klubs der Rechten auf Wunsch des Polen-Klubs dahin geeinigt, eine gemeinsame parlamentarische Kundgebung zur vollen Klärstellung der Affaire Kaminski zu veranlassen.

Newyork, 6. Februar. In den Ueberschwemmungen in den Weststaaten ist ein erheblicher Rückgang eingetreten.

Mexiko, 6. Februar. Der englische Konsul Carden aus Havanna ist hier eingetroffen, angeblich mit der Mission, auf die Förderung des Handels zwischen England und Mexiko hinzuwirken, die auf die mexikanische Staatschuld bezüglichen Fragen zu regeln und die diplomatischen Beziehungen zu Mexiko wieder anzuknüpfen.

Berlin, 7. Februar. S. M. Kanonenboot "Albatros", 4 Geschütze. Kommandant Körv. Kap. v. Pawels, ist am 3. Januar ex. in Montevideo eingetroffen und beabsichtigt am 9. Januar ex. nach Francisco und Paraguay in Uruguay zu gehen.

Newyork, 7. Februar. Der Dampfer des Norddeutschen Lloyd "General Werder" ist hier eingetroffen.

Berlin, 8. Februar. In der gestrigen Sitzung der Börsen-Kommission wurde das Prinzip des Registrier- und des Schlussnotenzwanges erörtert; ersteres wurde mit 10 gegen 9 Stimmen abgelehnt. Daburch dürfte der Antrag Wedell gegenstandslos werden.

Berantwortlicher Redakteur: G. Fontane in Posen.  
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate  
übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

## Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Februar.

Datum	Barometer auf 0 Stunde Gr. reduz. in mm. 82 m Seehöhe	Wind.	Wetter.	Temp. Grad.
7. Nachm. 2	762,0	NO mäßig	bedeckt <sup>1)</sup>	- 1,7
7. Abends 10	763,1	NO lebhaft	bedeckt	- 0,9
8. Morgs. 8	764,4	SO lebhaft	bedeckt	- 0,4
1) Schnee, Niederschlagshöhe: 1,0 mm.				
Am. 7. Wärme-Maximum: + 0,8 Cels.				
Am. 7. Wärme-Minimum: - 3,5				

## Wetterbericht vom 7. Februar, 8 Uhr Morgens.

Ort.	Barom. a. 0 Gr. nachd. Meeressniv. reduz. in mm.	Wind.	Wetter	Temp. Grad.
Hullaghmore	744	S	7 bedeckt	5
Aberdeen	757	SSO	9 bedeckt	4
Christiansund	768	OSO	3 wolkenlos	3
Kopenhagen	774	ONO	4 bedeckt	-2
Stockholm	780	RNO	2 bedeckt	-7
Häverönde	777	still	Nebel	-27
Petersburg	781	still	Nebel	-19
Rostau	776	RNO	1 halb bedeckt	-15
Görl, Queenst.	751	SW	4 halb bedeckt	6
Bresl	759	W	1 wolkenlos <sup>1)</sup>	9
Elster	-	-	-	-
Sult	772	O	2 bedeckt	-1
Hamburg	771	O	2 bedeckt	0
Swinemünde	772	O	4 bedeckt	-2
Neufahrwasser	772	ORD	4 bedeckt	-2
Memel	775	RD	3 bedeckt	-6
Paris	762	DSO	3 halb bedeckt	0
Münster	763	SD	6 halb bedeckt	-1
Karlsruhe	766	ND	2 wolkenlos	-2
Wiesbaden	766	ND	3 wolkenlos	-1
München	766	O	5 wolfig	-3
Chemnitz	770	OND	2 bedeckt <sup>2)</sup>	-2
Berlin	769	O	2 bedeckt	0
Wien	768	R	1 wolfig	-2
Breslau	768	ORD	2 Schnee <sup>3)</sup>	-3
Leipzig	762	SW	3 bedeckt	10
Riga	-	-	-	-
Triest	767	ND	4 heiter	4

<sup>1)</sup> Große See. <sup>2)</sup> Schneeflocken. <sup>3)</sup> Nachts Schnee.

Skala für die Windstärke:

1 = leichter Zug, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = heftig, 8 = stürmisch, 9 = Sturm, 10 = fahrt Sturm, 11 = bestiger Sturm, 12 = Orkan.

Ummerlung: Die Stationen sind in 4 Gruppen geordnet: 1. Nordeuropa, 2. Küstenzone von Irland bis Ödreichen, 3. Mittel-Europa südlich dieser Zone, 4. Südeuropa. — Innerhalb jeder Gruppe ist die Richtung von West nach Ost eingetragen.

Wetterbericht der Witterung.

Das gestern erwähnte barometrische Maximum lagert über Südfinnland und hat eine Höhe von 782 mm erreicht. Am Westrande des hohen Luftdrucks im Westen der britischen Inseln bewegt sich eine tiefe Depression von Süden nach Norden, über Britannien, teilweise auch über der Nordsee, starke bis stürmische südliche Winde verursachend. Über Zentral-Europa ist bei schwächer bis frischer östlicher Luftströmung das Wetter vorwiegend trüb, nur an den Westgrenzen heiter, ohne wesentliche Niederschläge. In ganz Deutschland herrscht leichter Frost. Deutsche Seewarte.

## Wasserstand der Warthe.

Posen, am 7. Februar Morgens 2,28 Meter.  
7. Mittags 2,28  
8. Morgens 2,26

## Telegraphische Börsenberichte.

### Bonds-Course.

Frankfurt a. M., 7. Februar. (Schluss-Course.) Fest, still, Schluß matt. Wechsel 20,43. Pariser do. 81,125. Wiener do. 170,67. R.-M.

S.A. — Rheinische do. — Hess. Ludwigsh. 99. R.-M. — Ver-Anth 126. Reichsbank 101. Reichsbank 147. Darmst. 152. Weining. Bl. 93. West. Aug. Bl. 707,50. Kreditaltien 259. Silberrente 66. Papierrente 66. Goldrente 82. Ung. Goldrente 74. 1864er Loos 120. 1864er Loos 325,20. Ung. Staats. 225,00. do. Ostb. Ob. II. 94. Böh. Weißbahn 249. Elisabethb. — Nordwestbahn 173. Galizier 258. Franzosen 285. Lombarden 119. Italiener 87. 1877er Russen 88. 1880er Russen 71. II. Oriental. 57. Senn-Pacif. 112. Distonto-Kommandit — III. Oriental. 57. Wiener Bankverein 97. 5% österreichische Papierrente 78. Buciötebrader — Capter 71. Gottschebahn 107. Türken 12.

Kiel-Schlüsse der Börse: Kreditaltien 258. Franzosen 285. Galizier 258. Lombarden 119. II. Oriental. — III. Oriental. — Capter 71. Gottschebahn 107.

Frankfurt a. M., 7. Februar. Effekten-Sozietät. Kreditaltien 257. Franzosen 284. Lombarden 119. Galizier 258. österreich. Papierrente — Capter 71. III. Oriental. — 1880er Russen — Gottschebahn 106. Deutsche Bank — Nordwestbahn — Elbtal — 4proz. Goldrente — Lottringer Eisenwerke — Rubig.

Wien, 7. Februar. (Schluss-Course.) Schwächer auf Berlin.

Papierrente 77,82. Silberrente 78,25. Destr. Goldrente 96,60.

6-proz. ungarische Goldrente 118,50. 4proz. ung. Goldrente 86,95.

5proz. ung. Papierrente 85,65. 1854er Loos 118,25. 1860er Loos 129,00. 1864er Loos 170,75. Kreditloose 171,00. Ungar. Prämiens 115,00. Kreditaltien 294,60. Franzosen 332,60. Lombarden 139,10. Galizier 143,75. Paribitzer 149,00. Nordwestbahn 202,75. Elisabethbahn 209,50. Nordbahn 274,50. Destr. ungar. Bank — Türk. Loos — Unionbank 114,90. Anglo-Aust. 119,00. Wiener Bankverein 108,80. Ungar. Kredit 29,25. Deutsche Blätze 58,45. Londoner Wechsel 119,65. Pariser do. 47,50. Amsterdam do. 99,00. Napoleon 9,49. Dusaten 5,62. Silber 100,00. Marknoten 58,47. Russische Banknoten 1,18. Lemberg-Gernowitsch —. Kronpr. Rudolf 164,50. Fran.-Sofie —. Dresd. Bodenbach —. Böh. Weißbahn —. Elbtal 220,00. Tramman 220,00. Buschtrader —. Destr. 5proz. Papier 92,60.

Nachhörle: Ungar. Kreditaltien 292,00. österr. Kreditaltien 295,80.

Franzosen 333,50. Lombarden 140,50. 4proz. ungar. Goldrente — Galizier —. Elbtal —. Nordbahn —. österr. Papierrente — Nordwestbahn —.

Wien, 7. Februar. (Abendbörs.) Ungarische Kreditaltien 290,50. österr. Kreditaltien 293,00. Franzosen 332,30. Lombarden 139,50. Galizier 301,75. Nordwestbahn 202,50. Elbtal 219,75. österr. Papierrente 77,80. do. Goldrente 96,70. ungar. 6 pCt. Goldrente 118,70. do. 4pCt. Goldrente 86,90. do. 5pCt. Papierrente 85,60. Marknoten 58,55. Napoleon 9,50. Bankverein 108,50. Schwach.

Florenz, 7. Februar. 5pCt. Italien. Rente 87,45. Gold 20,23.

Petersburg, 7. Februar. Wechsel auf London 23,11. II. Oriental. Anleihe 91. III. Orientalanleihe 91.

Paris, 7. Februar. (Schluss-Course.) Schwach.

3proz. amortischt. Rente 79,72. 3proz. Rente 79,02. Anleihe de 1872 114,50. Italien. 5proz. Rente 86,65. Destr. Goldrente 82,5. 6proz. ungar. Goldrente 100. 4proz. ungar. Goldrente 74.

5proz. Russen de 1877 90. Franzosen 703,75. Lombard. Eisenbahn-Alten 297,50. Lombard. Prioritäten 282,00. Türk. de 1865 11,57. Türk. Wechsel 52,00. III. Orientalanleihe —.

Credit mobilier 315. Spanier neue 59. do. inter. —. Suzan-Alten 215,00. Banque ottomane 711,00. Union gen. —. Credit foncier 1231,00. Egypt 356,00. Banque de Paris 930. Banque d'escompte —. Banque hypothecaire —. Lond. Wechsel 25,22,5.

5proz. Rumänische Anleihe —.

London, 7. Februar. Consols 102. Italien. byzantinische Rente 86,5. Lombarden 11,5. 5proz. Lombarden alte 11,5. 5proz. do. neue 11,5. 5proz. Russen de 1871 85. 5proz. Russen de 1872 85. 5proz. Russen de 1873 84. 5proz. Türk. de 1865 11,5. 3proz. fundierte Ameril 106. Destr. Goldrente 73. Destr. Goldrente 82. Spanier 59. Egypt 70. Ottomannbahn 18,7. Rubig.

Wechselnotrungen: Deutsche Blätze 20,63. Wien 12,11. Paris 25,45. Petersburg 23.

Silber —. Glasdiskont 3,5 pCt.

Newyork, 6. Februar. (Schlusskurse.) Wechsel auf Berlin 94.

Wechsel auf London 4,82. Cable Transfers 4,86. Wechsel auf Paris 5,20. 3,5prozentige fundierte Anleihe 103. 4prozentige fundierte Anleihe von 1877 119. Eri.-Bahn 37. Central-Pacific-Bonds 113.

Newyork Centralbahn-Alten 125. Chicago- und North Western-Eisenbahn 145.

Geld leicht, für Regierungsbonds 2, für andere Sicherheiten 3 Prozent.

### Produkten-Kurie.

Köln, 7. Februar. (Getreidemarkt.) Weizen hiesiger loco 19,50. fremder loco 20,25. per März 19,40. per Mai 19,75. Roggen loco 15,00. vr. März 14,35. vr. Mai 14,55. Hafser loco 14,00. Rübloc 39,40. vr. Mai 39,60. per Oktober 32,50.

Hamburg, 7. Februar. (Getreidemarkt.) Weizen loco unv. auf Termine besser, per April-Mai 184,00 Br. 183,00 M. per Mai-Juni 186,00 Br. 185,00 M. Roggen loco unv. auf Termine besser, per April-Mai 184,00 Br. 183,00 M. per Mai-Juni 184,00 Br. 183,00 M. Hafser und Gerste unv. — Rübloc matt, loco —, vr. Mai 78. — Spiritus feiner, per Februar 40 Br. per März-April 40 Br. per April-Mai 40 Br. per Juni-Juli 40 Br. — Hafser rubig, aber sehr fest, um 3000 Sacd. — Petroleum fest, Standard white loco 7,60 Br. 7,55 M. per Februar 7,45 M. per August-Dezember 8,60 Br. — Wetter: Schneeluft.

Bremen, 7. Februar. Petroleum (Schlussbericht.) Besser.

Standard white loco 7,45 Br. per März 7,55 Br. per April 7,70 Br. per Mai 7,85 Br. per August-Dezember 8,50 Br.

Wien, 7. Februar. (Getreidemarkt.) Weizen per Frühjahr 10,06

10,10 Br. per September-Oktober 10,40 M. 10,45 Br. Roggen per Frühjahr 7,62 M. 7,65 Br. Hafser vr. Frühjahr 6,93 M. 6,98 Br. Mais vr. Mai-Juni 6,65 M. 6,

